

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

09.05.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Stabsstelle Frauenbüro/Gleichstellungsstelle

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

02202-142647

Niederschrift

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration,
Gleichstellung von Frau und Mann**

Sitzung am Dienstag, 01.03.2011

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch
Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:58 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 18.11.2010 - öffentlicher Teil
0058/2011**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1** **Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales
0066/2011

- 5.2** **Frauenpolitische Informationen**
0039/2011

- 6** **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030**
Zwischenbericht
0067/2011

- 7** **Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 -**
Bericht und Empfehlungen
0454/2010

- 7.1** **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 14.02.2011 zur Prüfung und Änderung**
der Wohnbaulandpotenzialanalyse
0069/2011

- 8** **Durchführung von zwei "Gesprächen zur Stadtentwicklung" im Rahmen des**
Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK 2030) - Freigabe von Reisekosten und
Referentenhonorar
0068/2011

- 9** **Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung,**
Projekte 2011
0657/2010

- 10** **Kindertagesbetreuung 2011/2012**
0071/2011

- 11** **Regionale 2010 - Stadt gestalten - Sanierungsmaßnahme Stadtmitte**
Rahmenplanung, Bebauungsplanverfahren
0015/2011

- 12** **Aufhebung des Handlungsrahmens für finanzielle Angelegenheiten des**
Ausländerbeirates
0011/2011

- 13** **Anträge der Fraktionen**

- 13.1** **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und Antrag der CDU-Fraktion vom**
14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A4 über die
Bahndammtrasse
0045/2011

- 14** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 7. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Schmidt-Bolzmann kündigt einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion „Anbindung des Zentrums von Bergisch Gladbach an die A4“ zu TOP 13.1 an, den die Vorsitzende unter TOP 13.1 zu stellen bittet.

Herr Dlugosch beantragt, den in der Planungsausschusssitzung am 13.01.2011 an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann verwiesenen Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Baulandmanagement auf die heutige Tagesordnung zu nehmen. Die Vorsitzende verweist auf die Einhaltung der Beratungsfolge, nach der zunächst der Haupt- und Finanzausschuss abschließend über die Verweisung entscheiden müsse.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 18.11.2010 - öffentlicher Teil *0058/2011*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters
hier: Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales
0066/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**5.2. Frauenpolitische Informationen
0039/2011**

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**6. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030
Zwischenbericht
0067/2011**

Die Vorsitzende und Frau Dr. Werheit begrüßen Herrn Schulten von der Planersocietät. Frau Dr. Werheit bezieht sich auf den Inhalt der Vorlage und weist darauf hin, dass Herr Schulten lediglich ergänzend zum Sachstand und zum weiteren Procedere im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes vortragen werde.

Herr Schulten fasst kurz den bisherigen Verfahrensablauf zusammen und stellt für die Herleitung des Sachstandes wichtige Punkte dar. So sei in einer eher realistischen Prognose für Bergisch Gladbach von einem Verlust der Bevölkerungszahl von zwischen vier und 8,5 % bis zum Jahr 2030 auszugehen. Bei der Bevölkerungsentwicklung in der Gruppe der unter 10-Jährigen seien vor allem im östlichen Stadtgebiet starke Rückgänge zu verzeichnen, während umgekehrt für dieses Stadtgebiet eine starke Alterungstendenz erkennbar sei. Mit dieser Entwicklung seien beispielsweise auch Konsequenzen im Einfamilienhausbereich verbunden. Letzteres gelte auch für den westlichen und nordwestlichen Stadtbereich. Zusammengefasst könne man aber von einer starken Unterscheidung zwischen dem westlichen Stadtgebiet mit städtischen Strukturen, dem überwiegenden Teil der Gewerbeentwicklung und einer guten ÖPNV-Anbindung nach Köln und andererseits dem eher ländlich geprägten östlichen Stadtgebiet sprechen.

Aus der gesamten Analyse seien beispielhaft folgende wesentliche Herausforderungen zu nennen:

- Änderung des Wohnungsmarkts nicht nur quantitativ, sondern aufgrund der Nachfrage auch qualitativ
- Umgang mit dem hoch belasteten Verkehrsnetz
- Schaffung qualitativ hochwertiger Gewerbeflächen und Gewerbestandorte

Die gesamten Analysen führten im Ergebnis dazu, dass Bergisch Gladbach ein attraktiver Wohnstandort sei und auch in 2020, 2030 ein sehr attraktiver Wohnstandort oder sogar einer der gefragtesten Wohnstandorte in der Region sein solle. Dies reduziere Bergisch Gladbach aber nicht auf reine Stadt des Wohnens, zukunftsorientiert seien vielmehr weitere Qualitäten in der Stadt vorzuweisen. Dazu gehöre beispielsweise ein qualitativvolles und modernes Wohnungsangebot, zukunftsfähige Mobilität und eine starke Vernetzung mit Köln. Es gehe aber auch darum, moderne Technologie- und Dienstleistungsbetriebe anzusiedeln und Bergisch Gladbach als Standort zu profilieren, weil in Zukunft die Nähe zwischen Wohnen und Arbeiten entscheidend für einen

attraktiven Wohnstandort sei. Daraus ergebe sich ein räumliches Leitbild: die eigentlichen Entwicklungsräume um die ÖPNV-Anbindung und um die starke Anbindung zum Oberzentrum Köln herum, in denen es die Möglichkeit der Weiterentwicklung vorhandener sowie der Entwicklung neuer Qualitäten gebe, beispielsweise im Dienstleistungs-, Gewerbe- und Technologiebereich. Der Übergangsbereich Schildgen, Hand und Gronau werde als Qualifizierungsraum gesehen mit einem Großteil der vom Generationenwechsel betroffenen Immobilienbestände.

Daneben gebe es den ländlichen Bereich, in dem es vor allen Dingen darum gehe, die Qualität und das große noch auszuschöpfende Potenzial als Naherholungsraum am Rande von Köln zu sichern und als Standortqualität herauszuarbeiten.

Neben den räumlichen seien auch zentrale Themen für Bergisch Gladbach herauszuarbeiten, zu denen der innovative Wirtschafts- und Wissensstandort gehöre. Hier müsse ganz klar auf Qualität und hochproduktive Wirtschaftszweige gesetzt werden. Intelligente Mobilität sei ein weiteres wesentliches Thema. Hauptauslöser seien sicherlich die Lage zu Köln mit fast 30.000 Bewegungen pro Tag in beide Richtungen und der Durchgangsraum, durch den die Fahrzeuge nach Köln und zurück fließen. Hier gehe es nicht nur darum, Infrastruktur leistungsfähiger zu machen, sondern Alternativen anzubieten. Es gehe auch darum, neue Qualitäten für Wohnangebote und Wohnumfeld zu entwickeln. Dies gelte einerseits für den Bestand in Einfamilienhausgebieten. Gleichzeitig seien neue Wohnqualitäten zu schaffen, verdichtete städtische Wohnformen in den dargestellten Entwicklungsräumen seien ein zentrales Thema.

Ressourcenschutz nicht nur im Sinne des Umweltschutzes, sondern auch in finanzieller Hinsicht sei in Zukunft in der Stadtentwicklung zu realisieren. Ein ganz wichtiger Punkt sei das Thema Netzwerke und Kooperationen. In der Zukunftskonferenz habe sich bei den Multiplikatoren und Multiplikatorinnen ein großes - auch finanzielles - Engagement gezeigt und der Wille, dieses fortzusetzen, was einen ganz großen Vorteil für die weitere Arbeit im Stadtentwicklungskonzept bedeute.

Herr Schulten stellt das weitere Vorgehen dar. In Form von Planungswerkstätten vor Ort solle diskutiert werden, wie man ältere Bestandsgebiete durch neue Qualitäten wieder attraktiv machen könne. Ein anderes Thema sei die Steuerung der Nachverdichtung beispielsweise in Refrath und Bensberg. Diese nachgefragten Räume seien auch langfristig attraktiv für die Bewohner zu halten, beispielsweise durch wohnortnahe Erholungsräume und eine moderate Bebauungsdichte. Ebenfalls wichtig sei der ländliche Raum, wo es darum gehe, langfristig Qualitäten zu sichern, beispielsweise durch Nahversorgung und Bildungsstandorte ein attraktives Wohnen ermöglichen.

Auch die Frage von Gewerbeflächen werde in diesem Prozess behandelt. Herr Schulten stellt abschließend in Aussicht, neben den räumlichen Vertiefungen für die Fokusthemen Mobilität, Freiraum und Tourismus sowie Wirtschafts- und Wissensstandort jeweils geeignete Handlungskonzepte herausarbeiten.

Frau Holtzmann dankt Herrn Schulten für die kurze und präzise Darstellung.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich für den Bericht und die umfangreichen Analysen der Planersocietät und wünscht sich angesichts der im Bericht erwähnten knappen Ressourcen im Endbericht eine Empfehlung zur Prioritätensetzung, die unter Einbindung der handelnden Akteure und Akteurinnen aus Politik und Verwaltung zustande gekommen sei.

Herr Schulten bestätigt, das von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Vorgehen werde angestrebt. Es gebe viele Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Zielen. Letztlich sei den einzelnen Maßnahmen eine Priorisierung zuzuordnen.

Herr Dr. Karich bedankt sich für die Handlungsempfehlungen, dies gelte insbesondere für die Förderung wirtschaftlicher Prosperität und die Wahrnehmung der Stadtmitte als Gewerbe- und Wohnstandort und Herz von Bergisch Gladbach. Die Stadtmitte habe die eigentliche Priorität. Herr

Schulden sieht dies durchaus als zentrales Thema, das aufgrund der Vielschichtigkeit der Bedarfsaspekte nicht umfangreicher behandelt werden könne.

Auf Nachfrage von Frau Schöttler-Fuchs berichtet Herr Schulden, dass im Raum Schildgen, Gronau, Hand ein Generationenwechsel in den Wohngebieten zu verzeichnen sei.

In den Planungswerkstätten vor Ort wären beispielhaft z.B. die sich beim Immobilienverkauf stellenden Probleme oder der Infrastrukturausstattung zu beleuchten und der daraus abzuleitende Handlungsbedarf festzustellen, der dann ebenso für alle weiteren betroffenen Wohngebiete von Bergisch Gladbach gelte. Frau Dr. Werheit ergänzt, dass sehr eng mit dem Stadtentwicklungskonzept verzahnt parallel die Frage nach den Rahmenbedingungen eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandortes bearbeitet werde. Neben den Gewerbeflächen gehe es auch um das Thema Dienstleistung. In diesem Parallelauftrag würden zurzeit umfangreiche Analysen durchgeführt.

Auf Nachfrage von Herrn Waldschmidt berichtet Herr Schulden, die im Rahmen der SWOT-Analyse festgestellte Tatsache einer Überlastung einzelner Straßenabschnitte zu bestimmten Zeiten widerspreche aus seiner Sicht nicht der grundsätzlichen Aussage, dass eine gute verkehrliche Erreichbarkeit und Anbindung auch der Wohnplätze vorhanden sei. So sei ein Standortvorteil von Bergisch Gladbach die direkte Nähe zu Köln mit einer guten ÖPNV-Anbindung. Auch gebe es eine gute Anbindung zur Autobahn mit punktuellen verkehrlichen Problemen. Diesbezüglich seien möglicherweise noch ergänzende differenzierte Betrachtungen erforderlich.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Waldschmidt führt Herr Schulden aus, dass zu den den Bestandsanalysen des Zwischenberichts zugrunde liegenden Dialogen viele Interessenrepräsentanten eingeladen worden seien, um so eine zielführende Kommunikation zu ermöglichen, die bei einer breit angelegten Massenveranstaltung nicht in der Form gegeben sei. Hinsichtlich der gewünschten Bürgerbeteiligung sehe er eine große Bereitschaft der Bewohner und Bewohnerinnen. Auch für die folgenden Veranstaltungen sei die Beteiligung von Personen vorgesehen, die mit den jeweiligen Themenfeldern vertraut sind und bereit seien, über den Tellerrand hinaus zu schauen. Diese Vorgehensweise habe sich in den vergangenen Veranstaltungen bewährt. Sehr breit solle dem gegenüber in einer Bürgerzeitung über die abschließenden Ergebnisse informiert werden.

Herr Dr. Metten bittet Herrn Schulden darum, im Abschlussbericht die wirklich wesentlichen Fakten auf einer DIN-A4-Seite zusammenzufassen, damit eine Essenz des Ganzen spürbar werde.

Herr Dlugosch bittet vor dem Hintergrund des demografischen Wandels darum, sich mit dem Thema bezahlbarer Wohnraum für Familien zu befassen, um so den Vorteil der Nähe zu Köln besser zu nutzen.

Herr Kamp schließt sich den Ausführungen von Herrn Dlugosch an mit der Ergänzung, dass Lösungsansätze zwischen attraktiven Wohn- und Gewerbestandorten mit Beteiligung auch der Gewerbetreibenden gefunden werden sollten.

Herr Schulden merkt an, ein ganz zentrales Thema der Arbeit sei die Generierung von Zuzügen mit Blick auf Köln, aber auch auf innerstädtische Wanderungen.

Frau Dr. Werheit dankt für die eingebrachten Anregungen.

7. **Baulandmanagement Bergisch Gladbach. Wohnbaulandpotenzialanalyse 2010 - Bericht und Empfehlungen**

0454/2010

7.1. **Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 14.02.2011 zur Prüfung und Änderung der Wohnbaulandpotenzialanalyse**

Die Tagesordnungspunkte 7 und 7.1 werden gemeinsam beraten.

Herr Dr. Bernhauser informiert, die CDU- und die FDP-Fraktion hätten sich vor allen Dingen mit dem Verzeichnis der größeren Flächen über 0,5 ha. beschäftigt. Die vorliegenden Anträge zu TOP 7.1 stellten das Ergebnis dar. Angesichts darüber hinaus eingegangener Bürgeranträge werde die Verwaltung gebeten, alle Anregungen und Anfragen zu bearbeiten und in der nächsten Sitzung des Ausschusses ein Ergebnis zur Entscheidung vorzulegen. Herr Zalfen stimmt für die SPD-Fraktion dem von Herrn Dr. Bernhauser vorgeschlagenen Vorgehen zu und stellt für die SPD-Fraktion den **Antrag:**

Ziffer a) des Antrages der CDU- und der FDP-Fraktion wird um folgende Flächen erweitert:

**41-154, Bereich der Goethestr.
41-152, Breitenweg
42-218, Bereich Silberkauler Weg
12-77, Katterbach (Bürgerantrag).**

Frau Schundau äußert, sie hätte heute eine Begründung des CDU-Antrages erwartet. Der Antrag sei so nicht vollständig. Darüber hinaus handele es sich bei den angeführten Flächen teilweise um Landschaftsschutzgebiet. Zu der gesamten Analyse wolle sie noch anmerken, dass die abschließenden Bewertungen aus ihrer Sicht teilweise etwas ungenau seien. Sie führt als Beispiel die Mülheimer Straße an, die sie mit dem Wert 10 ansetzen würde. Was den Ortsteil Gronau betreffe, sei die Bevölkerung in der Nahversorgung nicht nach Hand oder Paffrath, sondern zur Mülheimer Straße orientiert. In das Einzelhandelskonzept müsse auch angesichts des sich entwickelnden Wachendorffgeländes ein Nahversorgungszentrum Gronau einbezogen werden, um so auf die erhöhte Bevölkerungsanzahl einzugehen.

Herr Dlugosch unterstützt für die Fraktion DIE LINKE./BfBB den Verwaltungsvorschlag und lehnt die Verfolgung von Einzelinteressen ab. Herr Dr. Metten verweist insofern auf das Vorliegen von Bürgeranträgen, die von der Verwaltung bearbeitet werden sollten, um sie im entsprechenden Rahmen berücksichtigen zu können. Dabei gehe es der CDU nicht um die Bedienung von Einzelinteressen. Frau Dr. Werheit weist darauf hin, dass sich die Auffassungen von Herrn Dlugosch und Herrn Dr. Metten nicht widersprechen. Die Verwaltung sei ohnehin verpflichtet, die noch offenen Bürgeranträge zu bearbeiten. Dies geschehe auf mehrfachen Wunsch der Politik nun abschließend in der Wohnbaulandpotenzialanalyse, in der ein Großteil der mit Bürgeranträgen versehenen Flächen bereits enthalten seien, weshalb die Liste der noch offenen Bürgeranträge überschaubar sei.

Herr Kamp schlägt vor, alle noch nicht beschlossenen Konzepte zur Kenntnis zu nehmen und im Rahmen des Flächennutzungsplanes im Ganzen zu behandeln.

Frau Dr. Werheit führt aus, es sei richtig, dass zunächst sektoral wichtige Bereiche betrachtet würden, aber gerade in der Potenzialanalyse sei erkennbar, dass sehr viele Konfliktpotenziale wie z.B. im Hinblick auf den Gewerbebereich schon stark berücksichtigt seien, konfliktträchtige Bereiche daher weitgehend ausgeschlossen werden könnten. Die fachbezogenen Empfehlungen der Politik zu den einzelnen Analysen seien wichtig und mündeten letztlich in die Bearbeitung des Flächennutzungsplanes. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung sei der formale Weg erforderlich. Ungeachtet dessen werde versucht, eine breite Bürgerschaft anzusprechen. So werde dann zum Abschluss des Stadtentwicklungskonzeptes eine große öffentliche Veranstaltung durchgeführt, die als Startschuss für die Bürgerschaft angesehen werden könne, das Thema Stadtentwicklung konkret auch in den Stadtteilen weiter zu entwickeln.

Herr Schmickler stellt fest, bei hunderten von untersuchten Flächen seien die wenigen jetzt noch von der Verwaltung zu prüfenden Flächen als gute Bilanz zu sehen. Dies zeige den Erfolg gemeinsamen Vorgehens nicht nur der Wohnbaulandpotenzialanalyse, sondern insgesamt der Stadtentwicklungsplanung und sei auch mit dem gemeinsamen Ziel vereinbar, dass der Rahmen der zukünftig vorgesehenen Bauflächen in etwa gewahrt bleibe. Alle gemeinsam erarbeiteten Empfehlungen seien Abwägungsmaterial und stellten eine solide Vorbereitung für die Entscheidung des Rates zum Flächennutzungsplan dar. Darüber hinaus werde eine Bürgerbeteiligung im Rahmen des Flächennutzungsplans durchgeführt.

Zu TOP 7.1:

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKEN./BfBB folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegenden

- **Anträge der CDU- und der FDP-Fraktion sowie**
- **den in der Sitzung gestellten Antrag der SPD-Fraktion und**
- **die der Verwaltung vorliegenden Bürgeranträge**

zu prüfen und die Ergebnisse in der kommenden Sitzung zur Entscheidung vorzulegen.

Zu TOP 7:

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 05.05.2011 vertagt.

8. Durchführung von zwei "Gesprächen zur Stadtentwicklung" im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK 2030) - Freigabe von Reisekosten und Referentenhonorar

0068/2011

Herr Waldschmidt kündigt an, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen werde, weil keine Notwendigkeit bestehe, diese Veranstaltungen von einem beauftragten Büro durchführen zu lassen, die Verwaltung verfüge über eigene Stadtplaner. Angesichts der den Bürgerinnen und Bürgern durch den letzten Haushalt abverlangten Opfer seien Ausgaben in Höhe von 800 € nicht unbedingt notwendig.

Herr Dlugosch enthält eine Ausgabe in Höhe von 800 € für vertretbar und signalisiert das Einverständnis seiner Fraktion zum Vorschlag der Verwaltung.

Herr Dr. Bernhauser erklärt das Einverständnis der CDU-Fraktion mit dem Verwaltungsvorschlag, es gehe lediglich um die Freigabe im Titel bereits veranschlagter Kosten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mehrheitlich folgenden **Beschluss**:

Die Freigabe der Mittel (Reisekosten und Referentenhonorar) für zwei Veranstaltungen im Rahmen der „Gespräche zur Stadtentwicklung“ wird beschlossen.

9. Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft: Organisationsstruktur und Steuerung, Projekte 2011

0657/2010

Herr Hastrich entschuldigt sich vorab für die irrtümliche Bezeichnung „Integrationsbeirat“ im vorletzten Absatz auf Seite 5 der Vorlage. Selbstverständlich müsse die korrekte Bezeichnung „Integrationsrat“ heißen.

Herr Dr. Bernhauser bezieht sich auf Seite 5 unten der Vorlage und regt in Übereinstimmung mit Herrn Waldschmidt an, die Mitwirkung von je **zwei** Fraktionsmitgliedern am „Steuerungskreis Bildungslandschaft“ festzulegen, damit auch im Verhinderungsfall die Teilnahme gesichert sei.

Die Ausschussmitglieder beraten den Inhalt der Vorlage und fassen einstimmig (bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB) folgenden **Beschluss**:

Die Vorlage wird an die nachfolgenden Fachausschüsse sowie den Rat zur Entscheidung überwiesen.

10. Kindertagesbetreuung 2011/2012

0071/2011

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

11. Regionale 2010 - stadt :gestalten - Sanierungsmaßnahme Stadtmitte Rahmenplanung, Bebauungsplanverfahren

0015/2011

Herr Dr. Metten und Herr Waldschmidt stimmen darin überein, wegen des weiteren Beratungsbedarfs solle der Tagesordnungspunkt auf die kommende Sitzung des ASSG vertagt und in der vorausgehenden Planungsausschusssitzung beraten werden.

Die Ausschussmitglieder fassen einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung dieses Ausschusses am 05.05.2011 vertagt und soll in der dieser vorausgehenden Sitzung des Planungsausschusses beraten werden.

12. Aufhebung des Handlungsrahmens für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates

0011/2011

Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fassen dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend einstimmig folgende **Beschlussempfehlung** für den Rat:

Der Rat hebt den Handlungsrahmen für finanzielle Angelegenheiten des Ausländerbeirates auf.

13. Anträge der Fraktionen

13.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und Antrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A4 über die Bahndammtrasse

0045/2011

Frau Schmidt-Bolzmann erklärt für die FDP-Fraktion, diese werde der Resolution von SPD und CDU nicht zustimmen. Die Landesregierung solle nicht aufgefordert werden, weiteres Geld für eine Autobahnauffahrt auszugeben, deren Bau unrealistisch sei. Stattdessen stellt sie für die FDP-Fraktion den **Antrag**,

die als Tischvorlage überreichte Resolution (Anlage) „Anbindung des Zentrums von Bergisch Gladbach an die A4“ zu beschließen.

Damit solle die Landesregierung aufgefordert werden, die Untersuchungen für die Ortsumgehungen Köln-Dellbrück und Bergisch Gladbach wieder aufzugreifen.

Herr Waldschmidt äußert, er könne sich der Resolution der FDP-Fraktion aus den allseits bekannten Gründen nicht anschließen.

Herr Dlugosch schließt sich den einleitenden Worten von Frau Schmidt-Bolzmann an und führt aus, dass, wenn überhaupt, lediglich der FDP-Antrag positiv gesehen werden könne.

Herr Dr. Metten führt aus, der CDU-Fraktion sei es wichtig, den Ratsbeschluss noch einmal zu bekräftigen. Er setze seine Hoffnungen in die Einflussnahme der SPD-Fraktion auf die Landesregierung. Der Bahndamm biete sich nach wie vor am ehesten als Lösung an. Die Einstellung des Verfahrens bedeute eine Verschwendung der in das Thema bereits geflossenen Mittel.

Herr Kamp spricht sich dafür aus, zu eigenen Lösungen zu kommen, da mit einer Lösung über den Bahndamm gegebenenfalls frühestens in 15 Jahren zu rechnen sei.

Herr Dr. Bernhauser führt weiter für die CDU-Fraktion aus, es sei richtig, den Ratsbeschluss zu bekräftigen. Nach der bereits vorgelegten Analyse zur Linienführung und zur Umweltverträglichkeit müssten jetzt weitere Analysen folgen. Es sei sinnvoll, dem Regionalrat in Form einer vom Rat zu verabschiedenden Resolution ein Signal zu geben. Herr Waldschmidt unterstützt letztgenannte Aussage von Herrn Dr. Bernhauser.

Frau Schundau verweist auf die bekannte Meinung ihrer Fraktion. Die von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Umweltverträglichkeitsstudie sage gerade aus, dass der Bahndamm nicht gebaut werden dürfe. Es sei deshalb illusorisch, darüber zu diskutieren. Auch dem FDP-Antrag könne sie nicht zustimmen.

Die SPD- und die CDU-Fraktion stimmen darin überein, dass die Anträge vom 29.11.2010 und vom 14.12.2010 in der Zielsetzung identisch sind und mit der Maßgabe, für die kommende Ratssitzung eine von beiden Fraktionen redaktionell überarbeitete Fassung zur Entscheidung vorzulegen, beschlossen werden sollten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, DIE LINKE./BfBB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der Kiditiative folgenden **Beschluss**:

Die Anträge der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und Antrag der CDU-Fraktion vom 14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A4 über die Bahndammtrasse werden mit der Maßgabe angenommen, für die Ratssitzung am 29.03.2011 eine von beiden Fraktionen redaktionell überarbeitete gemeinsame Resolution vorzulegen.

Nachfolgend fasst der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltungen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE./BfBB und Kiditiative folgenden **Beschluss**:

Der in der heutigen Sitzung gestellte Antrag der FDP-Fraktion zur Anbindung des Zentrums von Bergisch Gladbach an die A4 wird abgelehnt.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Schneider weist auf einen Infomarkt an der Schule am Ahornweg am 03.04. hin und fügt hinzu, sie halte es für wichtig, dass auch Ratsmitglieder an der Veranstaltung, in der es um Fragen zu den Themen Bildung, Schulsystem und Berufsstart gehe, teilnähmen. Angesichts des kürzlich veröffentlichten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung bittet Frau Schneider die Verwaltung um einen Bericht über die hieraus gewonnenen zentralen Erkenntnisse. Herr Dr. Bernhauser regt für die nächste Sitzung einen Bericht des Geschäftsführers des Jobcenters zu den neuen Regelungen der Hartz-IV-Reform und des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder und deren Auswirkungen an-.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Veranstaltung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.